

FRANKFURTER STADTZEITUNG

Zeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Frankfurt am Main



Ausgabe Juli 2007

Frankfurt stellt sich gegen Nazis

Es waren etwa 5.000 Menschen, die am 7. Juli protestierten gegen den Versuch der NPD, durch Frankfurt zu marschieren.

3.000 Menschen, darunter viele Jugendliche, stellten sich den ca. 500 Nazis in Bockenheim und Rödelheim direkt entgegen. Die Polizei schirmte die Nazis jedoch ab. Dadurch fand der Marsch von ca. 500 Nazis weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Auf dem Römerberg trafen sich etwa 2.000 Menschen zu einer Kundgebung gegen die Nazis. Unter anderem erzählte der Widerstandskämpfer, Gewerkschafter und Kommunist Hans Schwert im Gespräch mit dem Frankfurter DGB Vorsitzenden Fiedler von seinen Erfahrungen.



Polizei schirmt die Nazis vor Gegendemonstranten ab.

Überall war die Kampagne der VVN "NonPD" zum Verbot der NPD präsent.

Tarifverhandlungen im Einzelhandel: mindestens 1.500 Euro Brutto für Vollzeitarbeit

Am 13. Juli sollte in Frankfurt die 3. Runde der Tarifverhandlungen im Einzelhandel stattfinden. Empört durch einen Warnstreik in der Galeria Kaufhof Frankfurt/Zeil verließen die Arbeitgebervertreter vorzeitig den Raum. Die Runde fand nicht statt.

Hintergrund der Verhandlungen ist, dass viele der Beschäftigten trotz Vollzeitarbeit kaum von ihrem Einkommen existieren

können. Zudem sind die Arbeitsbedingungen, besonders die unregelmässigen Arbeitszeiten ein Problem für viele der Beschäftigten.

Ihre **Forderungen** sind:

- Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6,5 %, mindestens 130 Euro
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 50 Euro
- Ein existenzsicherndes Mindesteinkommen von

- 1.500 Euro für Vollzeitarbeit
- Laufzeit des Tarifvertrages von 12 Monaten
- mindesten 4 Wochen im voraus verbindlich geplante Arbeitszeiten
- Erhalt der Zuschlagsregelungen für Abend-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit.
- Übernahme der Auszubildenden in unbefristete Vollzeitverhältnisse

Friedrich Merz klagte:

Das Bundesverfassungsgericht hat die Klagen von neun Bundestagsabgeordneten aus Union, SPD und FDP gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften abgewiesen.

veröffentlicht werden vom Bundespräsidenten in Zukunft für alle Abgeordneten:

Stufe 1: Einkünfte zwischen 1.000 und 3.500 Euro

Telekom-Abschluss: verheerende Auswirkungen

Mit der Urabstimmung (72,6% Zustimmung) am 28./ 29. Juni 2007 endete der 7-wöchige Streik bei der Dt. Telekom AG. Diese hohe Zustimmung täuscht: Für die Kolleginnen und Kollegen bestand nur die **Wahl zwischen Pest und Cholera**. Der "Kompromiss" bedeutet: Arbeitszeiterhöhung um 4 Stunden pro Woche, Senkung der Löhne und

durchsetzbar. **Schlussfolgerung** aus der Telekom-Auseinandersetzung ist: Selbst eine gut organisierte Belegschaft alleine kann Ausgliederungen nicht verhindern. **Es muss mehr passieren**, in Zukunft kommt es darauf an, weitere Belegschaften aktiv einzubeziehen – mit einem erkämpften Streikrecht, das diesen Namen auch verdient.



Gehälter um 6,5%. Die Lohnabsenkung wird "erst" nach 18 Monaten wirksam. Der variable Entgeltanteil von zunächst 15%, dann 20%, orientiert sich an Unternehmens-, Gruppen- und individuellen Zielen. Auf Unverständnis bei den Betroffenen stieß die Streik-Strategie von ver.di. Bereits vor Bekanntwerden des Verhandlungsergebnisses wurden die Streiks schrittweise zurückgefahren, eine Fortführung in den neuen Service-Gesellschaften sowie eine Ausweitung auf weitere Konzern-Teile wurde nie ernsthaft in Erwägung gezogen!

Es gibt zwar eine Reihe positiver Regelungen in den neuen Gesellschaften (ATZ, Ratio-Schutz, betriebl. Altersvorsorge, Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer), doch der Telekom-Vorstand hat sich in allen wesentlichen Punkten durchgesetzt: Löhne, Arbeitszeit, Ausgliederung, niedrigere Einstiegsgehälter). Eine Niederlage in einem gewerkschaftlich so gut organisierten Bereich kommt einem Dammbbruch gleich! Anderen Arbeitgebern wird vermittelt, längere Arbeitszeiten bei weniger Lohn sind

Eine privatisierte Telekom ist immer weniger in der Lage, den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Interessen der Beschäftigten gerecht zu werden. Jeder muss zu gleichen Bedingungen und Konditionen Telekommunikationsleistungen erhalten (einschließlich DSL u. ä.). **Telekommunikation ist ein Teil öffentlicher Daseinsvorsorge. Die Forderung nach einer Verstaatlichung des Telekom-Konzerns sollte ernsthaft diskutiert werden.**

Rainer Keil

ver.di Betriebsgruppe T-Com



"Wo Armut droht, ist Widerstand Pflicht. Der Preis für die Zukunft eines Unternehmens darf nicht die Armut seiner Beschäftigten sein!"

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, April 2007

Das schon traditionelle Sommerfest der DKP Frankfurt

"Die Roten feiern im Grünen"

feiern wir diesmal "am Main", im DGB-Jugendclub,
Wilhelm-Leuschner-Str., Frankfurt/M.
am Sonntag, dem 16. September 2006.

Wir starten um 12.00 Uhr

Buffet und Kuchen sind im Unkostenbeitrag von 5,--€ enthalten.

Gegrilltes und Getränke werden, wie immer, angeboten und einzeln berechnet.

DKP Frankfurt

Hansteinstraße 4

60318 Frankfurt am Main

Telefon: 069 - 46 00 59 67

Fax: 069 - 95 51 76 05

email: dkp-frankfurt@email.de

Internet: www.dkp-frankfurt.de

Wir danken für Spenden für die Stadtzeitung und die DKP!!

Konto-Nr.: 194 027 603

Postbank Ffm. - BLZ: 500 100 60

aus der Welt von Arbeit und Kapital

31.479 Arbeitslose gab es im Juni 2007 in der Stadt Frankfurt

Trotz der anziehenden Konjunktur wurden 31.479 Personen in der Statistik als arbeitslos ausgewiesen. Gegenüber dem Vormonat ein Rückgang um 909 Personen.

7.698 Menschen (24,5%) bezogen Arbeitslosengeld (SGB III), 23.781 Menschen (75,5%) wurden mit Sozialhilfe nach Hartz IV (SGB II) abgespeist.

Lehrstellen fehlen: "Wir haben 8 Prozent weniger Lehrstellen, aber 25 Prozent mehr Bewerber als vor einem Jahr. Gerade Jugendliche mit schwachen Schulabschlüssen haben es schwer, eine Ausbildungsstelle zu finden" stellte der Geschäftsführer der Frankfurter Arbeitsagentur, Breustedt, fest.

Rabe meint..



Es ist schon etwas merkwürdig, zu erleben, dass der Naziaufmarsch in Frankfurt von CDU, Grünen und der FDP nicht in letzter Konsequenz – auch mit juristischen Mitteln – verhindert worden ist.

Es ist gut zu sehen, dass viele Menschen gegen den NPD-Aufmarsch demonstriert haben.

Doch das scheint einigen Leuten nicht zu passen - dies drückt sich schon in der Sprache aus: Da heißt es z.B. von der Oberbürgermeisterin Roth, dass die Stadt Frankfurt nicht zum Aufmarschgebiet von rechten und linken Extremisten werden darf. Auch der Hessische Rundfunk, dessen Berichterstattung doch politisch ausgewogen sein soll, nimmt diese Meinung in den Mund.

Es ist kaum zu verstehen, dass Gegendemonstranten kriminalisiert werden, noch bevor sie aus dem Haus gegangen sind, nur, weil sie anders aussehen.

Mir schien, dass die Polizei mit allen erdenklichen Mitteln den NPD-Aufmarsch ermöglichen wollte, koste es was es wolle.

So können sich alle auf die Schultern klopfen.

Wäre es anders verlaufen, wären die Gegendemonstranten die Schuldigen gewesen. So waren die Rollen von Anfang an verteilt.

Es war wichtig, dass so viele Menschen – vor allem junge Menschen – gegen die NPD demonstriert haben.

meint *Ihr Rabe*

nonpd

NPD-Verbot jetzt!

Die Ausstellung

"ERZWUNGENE WEGE. FLUCHT UND VERTREIBUNG IM EUROPA DES 20. JAHRHUNDERTS"

lenkt ab z.B. von der Teilnahme von ca. 80% der Deutschen in der CSR an schwersten NS-Verbrechen. Indem die Aussiedlungen Deutscher 1945/1946 hineingestellt werden in eine Reihe von Umsiedlungen, deren Betroffene keine Schuld auf sich luden, wird zunächst Mitleid geweckt mit deren miserablen Schicksal.

Auf dieser Grundlage folgen Schilderungen vom Leid deutscher Umgesiedelter - so werden die Ursachen hierfür verschwiegen: die Umsiedlungen wurden im Potsdamer Abkommen fixiert, mit dem Ziel, den Frieden künftig zu sichern! Alle Deutschen sollten in einem zu kontrollierenden Staat siedeln!

Die von Berlin aus geschürten Unruheherde in Nachbarstaaten sollten ein für alle mal ausgeschaltet werden!

Falsch ist die in der Ausstellung aufgestellte Behauptung, bei "Kriegsbeginn" hätte es bereits Umsiedlungspläne der Kriegsgegner Deutschlands gegeben.

Tatsächlich entstanden solche Pläne, nachdem die Gewaltverbrechen deutscher Faschisten bekannt wurden!

Als "größte Vertreibung" mit ca. 12-14 Millionen Menschen bezeichnet man die Umsiedlungen. Verschwiegen wird die Vertreibung von ca. 18-20 Millionen Sowjetbürgern, Polen, Tschechen, Jugoslawen, u. a. - durch die Faschisten!

Diese Ausstellung des BdV ist spezielles Beispiel für Geschichtsfälschung und versuchter Reinwaschung von NS-Verbrechen, insbesondere in der CSR.

LK

Genauere Hintergrundinformationen siehe auf unserer Homepage: www.dkp-frankfurt.de . Wir senden Ihnen den Artikel gerne zu.

Adresse und Kontaktdaten: siehe Impressum Seite 2

**GIB NAZIS
KEINE
CHANCE**

www.vvn-bda.de

Fortsetzung von Seite 1 "Friedrich Merz..."

Stufe 2: höhere Einkünfte von bis zu 7.000 Euro

Stufe 3: Einkünfte von mehr als 7.000 Euro

Der Betrag von "mehr als 7.000 Euro" kann natürlich in Wirklichkeit ein Vielfaches von 7.000 sein.

Wir fragen uns :

Warum hat sich wohl eigentlich Herr Merz, CDU, gegen diese Veröffentlichung gesperrt? Wir veröffentlichen hier seine angegebenen Zahlen:

Friedrich Merz au Brilon gehört seit 1994 dem Dt. Bundestag an.

Er erhält, wie alle Bundstagsabgeordneten, Gelder aus der Regelung zur Tätigkeit von Bundstagsabgeordneten.

Er übt als Rechtsanwalt eine entgeltliche Tätigkeit für die Anwaltssozietät Mayer, Brown, Row & Maw LLP aus

und erzielt jährlich Nebeneinkünfte als:

Mitglied des Aufsichtsrates der AXA Versicherung - Stufe 3

Mitglied des Verwaltungsrates der BASF - Stufe 3

Mitglied des zentralen Beirates der Commerzbank - Stufe 3

Mitglied des Aufsichtsrates der DBV-Winterthur Holding - Stufe 3/

Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Börse - Stufe 3

Mitglied des Aufsichtsrates der Interseroh AG - Stufe 3

Mitglied des Aufsichtsrates der IVG Immobilien AG - Stufe 3

Mitglied des Verwaltungsrates der Stadler AG - Stufe 3

Quelle für alle Zahlen: UZ Nr. 28, 13. Juli 2007, nach: www.bundestag.de

Frage: Warum verdient ein Lokführer bei der Deutschen Bahn eigentlich nicht einmal 2.500 Euro brutto/monatlich?

Frage: Warum verdient eine Verkäuferin in Vollzeit im Einzelhandel nicht garantiert mindestens 1.500 Euro brutto/monatlich?

Aufruf zur Großdemonstration am 15. September in Berlin Frieden für Afghanistan - keine Verlängerung der Bundeswehreinsätze

"...dann gibt es nur Eins: Sag Nein!" (Wolfgang Borchert 1947)

Mehr als 50.000 Besucher beim Volksfest der DKP & UZ

Solidarität beim Aufbau verwandelte den Revierpark Wischlingen (Dortmund) wieder in ein Festgelände mit verschiedenen Zelten, Bühnen und Infoständen. Wer zum Diskutieren kam, konnte sich einklinken in die verschiedensten Foren: Wie weiter nach Heiligendamm oder dem Streik bei Telekom? Was tun gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben, das Hartz IV-Desaster, Rechtsradikalismus oder den wachsenden Einfluss der Wirtschaft auf die Schulen? Dass es möglich ist, solidarische Alternativen zu entwickeln, konnte jeder im Venezuela-Zelt aus erster Hand erfahren.

50.000 kamen trotz schlechter Wetterprognosen und feierten, diskutierten, genossen linke Kultur "live" und wurden dabei nicht so nass wie befürchtet. Wer sie nicht dabei hatte, vermisste allerdings seine Gummistiefel.

